



Trumps Woche

Syrien, China, Nordkorea – Donald Trump merkte plötzlich, dass das Leben als mächtigster Mann der Welt ziemlich anstrengend ist. Vor allem, wenn man sich um alles selbst kümmern muss. Denn 531 der 553 wichtigsten Regierungspositionen sind noch immer unbesetzt, für die meisten gibt es nicht mal einen Kandidaten. Da war es eine schöne Belohnung, dass am Montag wenigstens sein Kandidat für den Obersten Gerichtshof vereidigt wurde.

Immer noch bester Laune griff Trump am Dienstag zum Telefon und gab mehrere Interviews. Die „New York Post“ beschrieb ihn als „freundlich, fokussiert und voller Energie“. Der Angriff mit den 59 Tomahawks sei ein „Akt der Humanität“ gewesen, sagte er. Mit Russland sei er nicht mehr so „auf einer Wellenlänge“, mit Chinas Staatschef Xi Jinping dafür umso mehr. „Die Chemie zwischen uns war nicht einfach nur gut, sondern großartig. Ich mochte ihn, und er mochte mich sehr.“ Nachdem er am Mittwoch den Nato-Generalsekretär getroffen hatte, fand er dann auch, die Nato sei „nicht länger obsolet“.

Man könnte fast von einer Woche der Vernunft reden, hätte nicht Pressesprecher Sean Spicer gesagt, dass Assad schlimmer sei als Hitler, der ja keine Chemiewaffen eingesetzt habe. Das verursachte ziemlichen Wirbel. Der Skandal der Woche ging da unter: Nämlich dass Carter Page, Trumps Berater im Wahlkampf, vom FBI abgehört wurde, das ihn verdächtigte, ein russischer Agent zu sein. Wie gut für Trump, dass Wladimir Putin gerade nicht sein bester Freund ist. Das sähe irgendwie komisch aus.

Burkina Faso Neues Terrorziel

Das westafrikanische Land galt bisher eher als Stabilitätsanker in der unruhigen Sahelzone. Doch zuletzt häuften sich in Burkina Faso die Terroranschläge. Seit April 2015 kam es zu mehr als 20 islamistischen Angriffen mit rund 70 Toten, verantwortlich sind Ableger von al-Qaida im Maghreb. Die Terrororganisation hatte schon 2012 das benachbarte Mali ins Chaos gestürzt. Zeitweise

besetzten die Islamisten fast die Hälfte des Landes, nur eine französische Eingreiftruppe konnte sie aus den Städten Timbuktu, Kidal und Gao vertreiben. Doch aus dem Untergrund heraus stifteten die Terroristen nun im Nachbarland Unfrieden. Iyad Ag Ghali, einer ihrer berühmtesten Anführer, ließ unlängst verlauten, seine Organisation konzentriere sich künftig auf Burkina Faso. Das Land soll destabilisiert werden – mit dem Ziel, daraus ein zweites Mali zu machen. jpu

Iran Konkurrenz für Präsident Rohani

Bis vor Kurzem konnte Irans Präsident Hassan Rohani hoffen, am 19. Mai wiedergewählt zu werden. Schließlich hatte er nicht nur den Atomkonflikt mit dem Westen gelöst, sondern auch die Inflation eingedämmt. Der erhoffte Aufschwung blieb jedoch aus, ebenso wie die von Rohani versprochene gesellschaftliche Öffnung. Vor allem scheint Rohani aber das Vertrauen von Ajatollah Ali Khamenei verloren zu haben.

Der Revolutionsführer setzt nun offenbar auf den hohen Geistlichen Ebrahim Raisi, der am Wochenende seine Kandidatur erklärte. Bereits als Khamenei ihn

2016 zum Verwalter des Heiligtums in der Pilgerstadt Maschhad ernannte, wurde über einen weiteren Aufstieg Raisis spekuliert. Sogar als möglicher Erbe Khameneis wird er gehandelt.

Diese Kalkulation gefährdet nun aber ausgerechnet einer, der dem Revolutionsführer früher öffentlich die Hand küsste, bis er wegen seiner Eigenwilligkeit in Ungnade fiel: Expräsident Mahmoud Ahmadinedschad hat sich am Mittwoch ebenfalls als Kandidat für die Wahl registriert. Unklar ist, ob er nur provozieren oder tatsächlich das konservative Lager spalten will. Der Wächterrat könnte allerdings Ahmadinedschads Kandidatur noch verhindern. Damit würden sich Raisis Chancen als Rohanis Nachfolger erhöhen. dbe



Politiker Ahmadinedschad bei der Anmeldung als Kandidat

Fußnote

6-mal

mehr Menschen sterben in Indien an den Folgen der Liebe als durch Terror. Zwischen 2001 und 2015 wurden 38 585 Menschen getötet, meist weil sie sich in einen Mann oder eine Frau einer anderen Kaste verliebt hatten. Hinzu kommen fast 80 000 Inder, die aus ähnlichen Gründen Suizid begangen haben. Im selben Zeitraum fielen 20 000 Zivilisten und Sicherheitskräfte Anschlägen zum Opfer.